

Gesamteuropa – Skizze für einen schwierigen Weg

Von Peter Glotz

Daß das Jahr 1989 ein „Revolutionsjahr“ war, geht inzwischen in den allgemeinen Sprachgebrauch über. Willy *Brandt* hat es sogar mit dem Jahr 1789 verglichen; seit die erschütternden Bilder von der letzten Verteidigungsrede des intransigenten, bockigen, zynischen Diktators Nicolae *Ceauşescu* um die Welt gingen, hat dieser Vergleich an Plausibilität gewonnen. Ein vernetzter, von Michail *Gorbatschows* Perestrojka ausgehender, dann aber viele andere Motive aufnehmender ostmitteleuropäischer Prozeß hat das, was wir bisher den „Ostblock“ genannt haben, zerschlagen. Was jetzt? Die ebenso brutale wie beruhigende Ost-West-Polarität, eine sichere Struktur mit einem Nummernschloß, das nur von zwei Schlüsseln gleichzeitig geöffnet werden konnte, löst sich auf. Wie läßt sich verhindern, daß jetzt ein raum- und systemloses Durch- und Nebeneinander von soundsoviel angeblich gleich souveränen Staaten, ein strukturloses Chaos entsteht? Wie kann vermieden werden, daß erneut jenes „Zwischen-Europa“¹ der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entsteht, das wöchentlich für eine neue Explosion, einen neuen Aufstand, eine neue Strafexpedition, eine neue Verletzung von Menschenrechten gut war?

Francis *Fukuyama*, derzeit stellvertretender Direktor des Planungsstabs des amerikanischen Außenministeriums, hat solche Sorgen nicht.² Der Liberalismus habe gesiegt, die Ideologien, die behaupteten, fortschrittlicher zu sein, seien von der Geschichte demaskiert worden. Jetzt entstehe eine neue Welt, in der es keine ideologischen Gründe für einen größeren Konflikt zwischen einzelnen Nationen mehr gebe und in der die Anwendung militärischer Gewalt immer weniger legitim sein werde. *Fukuyama*, der sich mit Witz, provokativer Intelligenz und einer in Europa nicht mehr denkbaren Selbstverständlichkeit auf jenen *Hegel* des Jahres 1806 beruft, der das Ende der Geschichte proklamierte, erinnert, ohne das zu wollen, an einen anderen Hegelianer, an *Lenin*, der das allmähliche Insignifikantwerden der Nationen im Kommunismus erwartete. *Lenins* These ist nach siebzig Jahren endgültig widerlegt worden. Man muß befürchten, daß die Widerlegung *Fukuyamas* sehr viel weniger Zeit brauchen wird.

Die Gefahr eines neuen Nationalismus für Europa

Fukuyama hat recht, wenn er das Scheitern der Zentralverwaltungswirtschaft konstatiert; und mit der Kommandowirtschaft sind auch bestimmte politische Kommandostrukturen überständig geworden. Das heißt aber nicht, daß die Geschichte mit dem „Liberalismus“ alternativlos zu Ende gehe. Das Eigentümliche des okzidental Rationalismus besteht gerade darin, daß er ruhelos seine eigenen Alternativen erzeugt.³ Und auch die irrationalen Sehnsüchte nach Sinn und Identität sind durch den „homogenen Universalstaat“ (*Fukuyama*) nicht einfach still gemacht worden. Die großen Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts sind der islamische

Dr. Peter Glotz, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages (SPD), Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.

Fundamentalismus auf dem arabischen und einem Teil des asiatischen Schauplatzes und der Wiederaufstieg des Vorkriegsnationalismus in Europa.

Daß diese letztere, europäische Gefahr noch kaum gesehen wird, hängt mit der Abwendung des Westens von Ostmitteleuropa seit 1945 zusammen. Der Begriff Mitteleuropa kam nur noch in Wetterberichten vor; es herrschte die Vorstellung, hinter der Berliner Mauer begänne das Reich der Hunnen. Die Sowjetunion hielt die ostmitteleuropäische Völkermischzone mit einer brutalen Version des „proletarischen Internationalismus“ zusammen. So geriet für viele Beobachter in Vergessenheit, daß das ethnisch durchmischte Ost- und Ostmitteleuropa mit dem Westeuropa der großen, spätestens im neunzehnten Jahrhundert durchgesetzten Staatsnationen überhaupt nicht zu vergleichen ist. Wer in dieser Region einigermaßen homogene Nationalstaaten erzeugen wollte, müßte erneut Grenzverschiebungen, Vertreibungen und Zwangsassimilation in großem Stil praktizieren. Die neue Freiheit, die sich die Völker Ost- und Ostmitteleuropas erkämpft haben, ist ein großer Zuwachs an Selbstbestimmung, ein Ausbruch aus erzwungener Unmündigkeit. Aber es ist nicht anders als normal, daß diese Völker, nachdem der Druck des Marxismus-Leninismus und der Einparteienherrschaften von ihnen gewichen ist, zuerst einmal zurückkehren zu den Ideen, Gefühlen und Symbolen der vorkommunistischen Periode. Und da kommen alte Flaggen, alte Lieder, alte Parteien und alte Leidenschaften zum Vorschein. Die Sorge der Polen um die polnische Minderheit in Litauen hat ihre Wurzeln in einem alten polnisch-litauischen Konflikt; nach der Realunion von Lublin (1569) ging der litauische Staat völlig im polnischen auf. Die Letten und Esten haben nicht erst seit dem Hitler-Stalin-Pakt mit den Russen zu tun; die Letten gehörten ab 1710, die Esten ab 1721 (bis 1918) zum Russischen Reich, sie haben Erfahrung mit Russifizierung. Das Trauma der Bulgaren ist das über Jahrhunderte währende „türkische Joch“; deswegen sind sie so nervös, wenn die Turk-Bulgaren im bulgarisch-türkischen Grenzgebiet ihr eigenes Leben leben wollen. Und nicht erst die Ceauşescu-Clique, sondern schon die altrumänischen Oberschichten fühlten sich durch die selbstbewußten und kulturell hochstehenden deutschen und magyarischen Minderheiten in Siebenbürgen und im Banat bedroht; von den polnisch-deutschen Animositäten (in bestimmten sozialen Schichten der DDR ist das Wort „Polacken“ immer noch populär) nicht zu reden. Sicherlich können diese alten Impulse in einem neuen europäischen „Zusammenhang“ – in geopolitischen Zeiten hätte man gesagt: einer Raumstruktur, heute bevorzugt man den Begriff „Friedensordnung“ – aufgefangen werden – aber dieser „Zusammenhang“ muß erst einmal zustande gebracht werden – und derzeit ist ja, nicht ohne Grund, eher die „Auflösung“ von Blöcken angesagt.

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Der im letzten halben Jahrzehnt wieder überaus erfolgreiche Prozeß der westeuropäischen Integration vergrößert die Beweglichkeit der europäischen Bevölkerung. Das verstärkt die ethnische Vermischung, und diese wiederum verstärkt die Fremdenangst, den Fremdenhaß und damit rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Dazu kommt als Abwehrreaktion gegen den verstandeskaltten kosmopolitischen Modernismus der Europäischen Gemeinschaft und ihrer unvermeidlichen „Eurokratie“ eine Verstärkung alter regionalistischer Strömungen. Die ETA im Baskenland und die IRA in Irland bedienen sich des Terrorismus; das tun die Scottish Nationalist Party und die Plaid

Cymru (in Wales) nicht, aber man sollte sie genausowenig unterschätzen wie die katalanischen, flämischen, wallonischen, galizischen, korsischen, bretonischen und sogar einen „okzitanischen“ Nationalismus. Neben die rohen, plebejisch-populistischen Organisationen eines Jean-Marie Le Pen und Franz Schönhuber sind längere, feinere, intellektuelle Zirkel der „Nouvelle Droite“ in Frankreich und der Neuen Rechten in der Bundesrepublik getreten. Und inzwischen gibt es neben dem alten am Nationalstaat orientierten rechten Nationalismus auch eine linke oder grüne Variante, die sich Abkoppelungs- oder Volksnationalismus⁴ nennt. Der neue Nationalismus entwickelt nicht nur neue Organisations- und Aktionsformen, neue „soziale Bewegungen“, sondern strengt sich auch theoretisch an. Herders romantischer Nationen-Begriff (die Nation als „ein Natürliches, ein Erzeugnis der Natur“ bekommt neue Anhänger; und der Widerstand gegen „die wilde Vermischung der Menschengattungen unter einem Zepter“,⁵ damals gegen die monarchische Nationalitäten- und Vielvölkerstaaten gerichtet, erhält in der Auseinandersetzung mit den von den Supermächten zusammengehaltenen übernationalen Bündnissen eine neue, vielleicht fadenscheinige, aber glitzernde Aktualität.

Hier ordnen sich die deutschen Probleme, meist zu einer einzigen „deutschen Frage“ hochstilisiert, ein. Nichts ist verständlicher als die überschwengliche Freude der Bürger in der DDR und in der Bundesrepublik, sich wieder ohne jede Behinderung gegenseitig besuchen zu können. Ebenso begreiflich ist der leidenschaftliche Wunsch der erdrückenden Mehrheit der Bürger der DDR, ökonomisch nicht schlechter gestellt zu sein als die „Brüder und Schwestern“ im Westen. Auch bemühen sich die Führungen der wichtigen politischen Parteien der Bundesrepublik um eine international abgestimmte, vorsichtige, die Statik des „europäischen Hauses“ nicht gefährdende Politik. Die Kontinuität zu den wilhelminischen Eliten und den konservativ-nationalen Honoratioren der Weimarer Republik oder der Widerstands gegen Hitler ist durchbrochen; auch im konservativen Spektrum der Bundesrepublik hängt heute kaum mehr jemand an Träumen vom mitteleuropäischen Großmachtstatus Deutschlands. Die Denkkategorien des Nationalstaats sind aber, wie die Diskussionen der letzten Monate gezeigt haben, nach wie vor tief verwurzelt als überterritoriale Bindungen. Schon gibt es da und dort unwillige Töne gegen die „Besatzungsmächte“, wenn François Mitterrand, Margaret Thatcher oder auch Michail Gorbatschow die Forderungen nach „Wiedervereinigung“ relativieren. Zwar werden die entsprechenden Bemerkungen noch als „Warnungen“ vor einem deutschen Nationalismus formuliert, den es noch nicht gebe, der aber entstehen könne. Zuweilen hören sich solche Warnungen allerdings auch schon wie Drohungen an. Noch stehen wir durchaus sicher und ungefährdet auf dem Drahtseil. Aber es ist gut, sich das Bewußtsein zu bewahren, daß man von Drahtseilen abstürzen kann; schnell und zuweilen tief.

Nationalstaat und überterritoriale Bindungen

Es gibt also zwei gegenläufige Bewegungen in Europa; die neue, zukunftsweisende der Europäisierung, die neue Integrationsformen und Souveränitätsverzichte der Nationalstaaten mit sich bringt, auf der einen und die Renationalisierung – entweder die Rückkehr zum Nationalstaat alter Art oder sogar die Sezession, die Abkoppelung, den Separatismus – auf der anderen Seite. Um es an einem Beispiel zu fassen:

Die Esten wollen (teils aus ökonomischen, teils aus libertären, teils aus nationalen Gründen) zu ihrer alten Kronen-Währung zurück, während die Deutschen drauf und dran sind, ihre Deutsche Mark dem ECU zu opfern. Mit welchem Konzept kann Europa diesen Widerspruch bewältigen?

Die Entwicklung von Kommunikation und Wirtschaft drängt eindeutig auf größere Strukturen. Wie im neunzehnten Jahrhundert der überlieferte absolutistische Kleinstaat dem Nationalstaat weichen mußte, weil die Kleinheit der Wirtschaftsgebiete zum Hemmnis der Entwicklungen der Produktivkräfte geworden war,⁶ verdrängen heute übernationale Ordnungsformen – wie die EG – die Nationalstaaten. Zwar behalten Nischen, regionale und lokale Märkte, kundenspezifische Schaltungen und elitäre Sonderentwicklungen eine große Bedeutung; aber nur auf der Grundlage weithin geltender kultureller Standards, technischer Normen und zusammenhängender Märkte. Was für die Ökonomie gilt, gilt auch für die Ökologie: Der Dreck aus den Braunkohle-Kraftwerken der DDR oder der Tschechoslowakei gefährdet auch die Bronchien der Menschen in der Bundesrepublik oder in Schweden. Das Umkippen der Nordsee ist durch die Anrainer nicht zu verhindern; es ist eine europäische Aufgabe. Und auch für die (in der Zukunft möglicherweise unwichtiger werdende) Aufgabe der militärischen Verteidigung sind die Nationalstaaten immer ungeeigneter. Das gilt für gestern und heute, wo für die Verteidigung längst übernationale Allianzen zuständig waren und sind. Es gilt erst recht für morgen, wo das Problem zu lösen sein wird, wie sich angesichts der Unmöglichkeit von großen Kriegen kleine Holocausts verhindern lassen.

Einen Anschauungsunterricht bot schon die rumänische Revolution, bei der für einige Stunden die Gefahr bestand, daß *Ceausescus* Geheimdienst „Securitate“ gegen Bürger und Armee die Oberhand behalten könnte. Der ungarische Außenminister Gyula *Horn* hatte bereits eine Sitzung der zuständigen Gremien des Warschauer Pakts angeregt. Westliche Mächte hatten die Tolerierung einer gemeinsamen Aktion des Warschauer Pakts gegen *Ceausescu* in Aussicht gestellt, der französische Außenminister Roland *Dumas* hatte internationale Brigaden in Erwägung gezogen. In jedem Fall wird man sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie man durch übernationale Strukturen die Ermordung einiger tausend, einiger hunderttausend oder einiger Millionen von Kurden, Abchasen, Armeniern (oder welcher Minderheit auch immer) verhindern kann, ohne mit dem Schlachtruf „Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates“ mattgesetzt zu werden.

Es wäre allerdings ein Zeichen von Blindheit, wenn man die nationalistische Gegenbewegung einfach als krankhaft, unmodern und obskur abtun würde. Gerade mit dem Zerbröckeln von Heilslehren wie dem Kommunismus entsteht ein neues Bedürfnis nach Identität. Ist da die Gefahr nicht groß, daß die „Nation“ mit all ihren echten und produzierten Mythen eindrucksvoller und erfüllender ist als komplizierte Superstrukturen wie zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft? Das Vertrackte ist ja gerade, daß Staatsnationalismus und Volksnationalismus gemeinsam auftreten werden. Geschickte nationalistische Politiker werden versuchen, ganz unterschiedliche Gefühle miteinander zu amalgamieren: den Stolz auf eine große, geistig originelle, starke Nation mit der Liebe zu Dialekt und Folklore, das Bedürfnis nach eigener Geschichte mit dem Motiv der Erhaltung alter Stadtkerne mit menschlichen

Proportionen. Es wäre fahrlässig und dumm, wenn die Repräsentanten der europäischen Institutionen sich einbilden würden, daß sie den Sprengsatz solcher Identitätsangebote mit ein paar vernünftigen ökonomischen Argumenten und einer blauen Fahne mit zwölf gelben Sternen entschärfen könnten. Zwar ist das berühmte Argument vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ keineswegs so unanfechtbar wie die meisten Leute es seit der UNO-Resolution von 1952 meinen. Mit diesem Argument kann man vom sowieso schon klein gewordenen Staat Tschechoslowakei auch noch die Slowaken abtrennen; oder von den Schotten die Shetland-Inseln, in denen es ernsthafte Autonomiebestrebungen gibt.⁷ Wer allerdings zuliebe, daß sich die Bedürfnisse nach regionaler Volksstruktur „von unten“ mit dem nationalen Machtstaatsdenken „von oben“ vereinigen, könnte trotz guter Argumente rasch ziemlich allein in der Landschaft herumstehen.

Es gibt nur eine Antwort auf dieses Dilemma: ein europäischer Föderalismus der Völker mit ausgebauten Minderheiten- und Volksgruppenrechten und darüber überwölbende, übernationale, überterritoriale Strukturen und Bindungen, die Europa ermöglichen, im politischen und ökonomischen Kräftespiel der Weltpolitik weiterhin eine Rolle zu spielen. Wie schwierig der Weg dorthin selbst im Westen (der sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf den Weg gemacht hat), er recht aber im Osten (in dem nach den Erfahrungen der letzten vierzig Jahre die Renationalisierung als Befreiung verstanden werden muß) sein wird, ist unüberschaubar. Das Hemmnis ist der zentralisierte nationale Territorialstaat, der – wenn er irgend geht – Kompetenzen weder nach unten noch nach oben abgeben will.

Deswegen ist es die entscheidende Frage des nächsten Jahrzehnts, ob es den europäischen Eliten gelingt, das verengte Denken in der Kategorie des Nationalstaats zu überwinden. Wenn man von den Managern und den Betriebsräten multinationaler Unternehmen sowie den Mitgliedern der Europäischen Bürokratie und einigen kosmopolitischen Intellektuellen absieht, hält die erdrückende Mehrheit der Entscheidungsträger in den europäischen Staaten und Gesellschaften den souveränen Flächenstaat immer noch für die „natürliche Ordnung“. In Deutschland ist das Gedächtnis besonders kurz; da können viele nur bis 1871, nämlich bis zur Bismarckschen Reichsgründung zurückdenken. Aber die Situation ist in Frankreich, Polen, Italien und Großbritannien keineswegs besser. Auch bei denen, die mystisch (und in den unteren Schichten weit verbreitete) Vorstellungen wie etwa die von der „ethnischen Reinheit“ des jeweiligen Staatsvolkes ablehnen, hat sich offensichtlich zumindest der Gedanke festgefressen, daß politische Macht über ein bestimmtes abgegrenztes Territorium nur aus einer Hand ausgeübt werden kann. Mit dieser Philosophie wird Europa weder Frieden bekommen noch als Subjekt der Weltpolitik überleben. Aber sie ist zählebig und von einer gewissen bauernburschenhaft-unmittelbaren Kraft.

Dabei bietet die europäische Geschichte durchaus verschiedene Modelle der Staatlichkeit an. Die mittelalterliche, west- und mitteleuropäische Einheit von Imperium und Sacerdotium ist niemals eine zentralistische Machtanhäufung auf einer Hand gewesen; die Gegensätze von Kaiser und Papst waren eben nicht einfache Unordnung, sondern verschiedene Ordnungsreihen, *diversi ordines*.⁸ Die unifizierenden und zentralisierenden Ideen eines souveränen, räumlich in sich geschlossenen Flächenstaates kamen erst mit der Renaissance, Reformation und Gegenreformation

auf, nämlich mit der Notwendigkeit der Überwindung des konfessionellen Bürgerkriegs. In Westeuropa entwickelten sich souveräne Territorialstaaten, wie wir sie heute für selbstverständlich halten, zuerst Schritt für Schritt zwischen dem zwölften und sechzehnten Jahrhundert. Das berühmteste Beispiel ist Frankreich. Die große Welle der entsprechenden Staatsgründungen kam dann nach der Französischen Revolution, im neunzehnten und im zwanzigsten Jahrhundert.

Noch das neunzehnte Jahrhundert war aber ganz entscheidend nicht von National-, sondern von Nationalitätenstaaten bestimmt: von dem langsam verfallenden Osmanischen Reich, vom russischen Vielvölkerstaat oder der österreichisch-ungarischen Monarchie. Auch das jagellonische Polen umfaßte mehrere Nationalitäten, und selbst *Bismarcks* Reichsgründung war niemals ein deutscher Nationalstaat. Es schloß einerseits Österreich (durch Krieg) aus und umfaßte im übrigen neben Deutschen auch Dänen, Polen und Franzosen. Die Geschichte des europäischen Nationalstaates ist kurz und nicht sehr ruhmvoll. Um so erstaunlicher ist die Macht, die diese einfache, fast primitive Idee in ganz Europa immer noch ausübt.

Zu Beginn der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts kann man sagen: Die Europäische Gemeinschaft ist dabei, die Idee und das Lebensmilieu des alten Nationalstaates schrittweise zu überwinden. Das geschieht in den vorsichtig-geschliffenen Formen der Diplomatie. Wenn Sir Geoffrey *Howe*, der frühere Außenminister Großbritanniens, am 19. Juli 1989 davon sprach, daß „die souveränen Nationen der Europäischen Gemeinschaft ihre Souveränität in Freiheit teilen“ müßten,⁹ dann hält er im Begriff der souveränen Nation zumindest noch den Schein des alten Konzepts des „Europas der Nationen“ (*Giuseppe Mazzini*) oder des „Europas der Vaterländer“ (*Charles de Gaulle*) aufrecht. Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ging drei Monate später schon deutlich weiter, als er die „absichtlich aufrechterhaltene Funktion der vollen Souveränität und damit absolute Wirksamkeit einzelstaatlicher Politik“ kritisierte.¹⁰ Spätestens mit dem Inkrafttreten der (prinzipiell beschlossenen) Wirtschafts- und Währungsunion der Gemeinschaft wird ein Kernstück einzelstaatlicher Souveränität auf eine übernationale Institution übertragen. Die Frage, die sich nach den revolutionären Vorgängen in Ostmitteleuropa stellt, wird sein, ob dieser Prozeß der Europäisierung einzelstaatlicher Souveränität weitergeht, ja ob er sogar in einer langfristig angelegten Entwicklung vom Westeuropa der Zwölf auf Ostmitteleuropa und Osteuropa ausgedehnt werden kann. Hier liegt die ungeheure Chance des gegenwärtigen historischen Moments, der aber auch eine große Gefährdung birgt: Daß nämlich die Gegner dieser allmählichen Übertragung von staatlicher Souveränität den Verfall der Systemgrenze zwischen Ost und West als gute Gelegenheit betrachten, den Fuß zwischen die Tür zu bekommen und das Konzept des Nationalstaats zu revitalisieren.

Bisher schien die Entwicklung – in Westeuropa – vorprogrammiert. Der nationale Territorialstaat mußte nach zwei Seiten Kompetenzen abgeben: nach unten – zu den Völkern, den Regionen, den Stämmen – und nach oben, zu einem übernationalen Europa. Noch sieht diese Entwicklung harmlos aus. Der Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Gemeinschaft beansprucht derzeit lediglich fünf Prozent der jeweiligen nationalen Budgets. Und manche der zentralistischen Staaten, Frankreich als Schulbeispiel, haben bisher Ansprüche der Regionen ziemlich erfolgreich abge-

wehrt. In Wirklichkeit aber ist ein Prozeß in Gang gesetzt, der die mächtige Wesenheiten „Frankreich“, „Deutschland“, „Italien“ und so weiter entleert, vergeistigt und sozusagen wohlätig schwächt. Für realistische Politiker muß klar sein, daß diese Wesenheiten noch für viele Jahrzehnte auf irgendeine Weise ihr Leben fristen werden. Aber im Grunde war ein neues Staatsbildungsprinzip, eine über die nationalen Gemeinwesen sich ausbildende föderative Struktur in Gang gesetzt.

Gesamteuropa – Sechs Thesen

Prag, Budapest und Warschau sind europäische Städte. Das ist nicht nur eine banale – geographische Feststellung, sondern die Formulierung eines Kulturan spruchs. Auf lange Sicht hat György Konrad recht, wenn er sagt: „Vereinigte Staaten Westeuropas sind nicht möglich. Möglich sind nur Vereinigte Staaten Europas“.¹ Wer diese kulturhistorische Maxime allerdings für eine politische Handlungsanweisung, sozusagen für eine Schaltskizze, einen Ablaufplan halten würde, müßte blutig scheitern.

1. Was kann man unter „Europa“ verstehen? Es gibt professionelle Außenpolitiker, die den Begriff „KSZE-Europa“ entwickeln; ihr Bestreben ist es, die Vereinigten Staaten und Kanada unlösbar mit Europa zu verkoppeln. Ein Bündnis zwischen Amerika und Europa ist sinnvoll; auch ein nie unterbrochener, gegenseitiger Lernprozeß. Aber die Vermischung des alten mit einem der neuen Kontinente ist geistig, geographisch und politisch Unsinn. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind Flankenmächte Europas, nicht Europa. Zwar hat die Sowjetunion einen europäischen Teil. Wenn der eng mit „Gesamteuropa“ kooperiert, wenn er sogar Teile (zum Beispiel die Baltischen Staaten) in diesen entläßt – gut. Bis dahin sind alle Pläne, die auf eine Zerlegung der Sowjetunion hinauslaufen, selbst als Gedankenspiel lebensgefährlich.

2. Die eine „Flankenmacht“ Europas, die Sowjetunion, ist in einer schwerer wirtschaftlichen Krise. Nach der Meinung vieler Experten vollzieht sich ein bisher noch nicht beobachteter Prozeß – „die allmähliche Zersetzung eines Staates, dem nicht nur alle materiellen und organisatorischen Repressionsmittel einer modernen Macht zur Verfügung stehen, sondern der auch das Potential einer nuklear gerüsteten Supermacht besitzt“.¹² In dieser Situation empfiehlt es sich, die Sicherheitsinteressen dieses Staates peinlich genau zu beachten. Eine neue gesamteuropäische Entwicklung hat nur eine Chance, wenn die Prozesse von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Defensivorientierung der jeweiligen Streitkräfte auf beiden Seiten konsequent fortgeführt werden. Dieser Prozeß mag langfristig zu einer Auflösung der Blöcke führen. Wenn der Bankrott der professionellen politischen Eliten Ostmitteleuropas allerdings dazu führt, daß sozusagen freischaffende Künstler der lange unterdrückten Gegeneliten den Warschauer Vertrag aufkündigen und unwirksam machen, kann blitzschnell Kriegsgefahr aufkommen. Alle gesamteuropäischen Konzepte sollten deshalb davon ausgehen, daß die ostmitteleuropäischen Staaten in den neunziger Jahren nach wie vor dem östlichen Sicherheitssystem angehören.

3. Nur eine starke Europäische Gemeinschaft wird in der Lage sein, die politische Entwicklung in Ostmitteleuropa so zu stützen, daß Gesamteuropa überhaupt eine mögliche politische Perspektive wird. Deshalb muß derjenige, der eine Osterweite-

rung der Gemeinschaft anstrebt, zuerst für eine Stärkung der Gemeinschaft der Zwölf eintreten, vor allem für die Schaffung eines währungspolitischen Entscheidungszentrums. Die größte Gefahr für die Europäische Gemeinschaft ist heute ein Hinundherschwanken zwischen einer nach innen gestärkten Gemeinschaft und ihrer Verwässerung innerhalb eines größeren Gefüges.¹³ Eine besondere Gefahr liegt in der gleichsam „natürlichen“, emotionalen Ablenkung des EG-Partners Bundesrepublik Deutschland durch nationale Pläne und Perspektiven. Die Europäische Gemeinschaft wird nur dann stark genug sein, Ostmitteleuropa zu inkorporieren, wenn sie die Grundzüge einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt hat. Dazu gibt es derzeit nur Ansätze.

4. Fortschritte zu „Vereinigten Staaten von Europa“ sind nur denkbar über Ko-Evolution, nicht durch die überstürzte Osterweiterung einer nicht konsolidierten westeuropäischen Gemeinschaft. Erste Schritte für die Entwicklung einer „zweiten Europäischen Gemeinschaft“ wäre die Öffnung der Europäischen Freihandelszone für die ostmitteleuropäischen Staaten, eine Multilateralisierung einiger Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und ein allgemeiner Assoziationsvertrag zwischen EG und Europäischer Freihandelsassoziation (EFTA). Die EG muß alles tun, was in ihrer Kraft steht, um den Staaten der EFTA (die prima vista ganz und gar unwillig sind, als „Wärmestube“ für vormals kommunistisch regierte Staaten zu fungieren) eine katalytische Funktion interessant zu machen. Gleichzeitig braucht die Europäische Gemeinschaft eine koordinierte Ostpolitik, deren Ziel es ist, die ökonomische Situation in Ost- und Westeuropa auf mittlere Sicht einander anzunähern, um die ersten Voraussetzungen für engere Kooperation zu schaffen.

5. Die Europäische Gemeinschaft muß eine Politik der gesamteuropäischen Verflechtung beginnen. Diese umfaßt eine gleichberechtigte Mitwirkung der ostmitteleuropäischen Staaten im Europarat und an den unterschiedlichen Europäischen Programmen (wie zum Beispiel dem EUREKA-Programm, europäischen Normungsgremien und der Kooperation europäischer Medien). Die Schaffung gemeinsamer gesamteuropäischer Institutionen (wie einer gesamteuropäischen Abrüstungsbehörde, einer gesamteuropäischen Umweltagentur oder einer zentraleuropäischen Kulturstiftung) ist sofort in Angriff zu nehmen.

6. Am Anfang des Prozesses zu „Gesamteuropa“ kann offen bleiben, ob ein Europa von Brest bis Brest von einem einzigen Parlament und einer einzigen Bürokratie regiert werden kann. Es gilt, ein Konzept subregionaler Kooperation (Nordeuropa, Mitteleuropa, Westeuropa, Südosteuropa) weiterzuentwickeln – unter einem gesamteuropäischen Dach. Wichtig ist für Europa die „arte di arrangiarsi“ (die Kunst, sich zu arrangieren – Hauptstadt Neapel); keine Perfektion, keine säuberlichen Aufteilungen, kein Ordnungsfanatismus, sondern Überlappungen, Arrangements auf Zeit, Notlösungen. Schöne Notlösungen funktionieren manchmal viele Jahrzehnte.

Exkurs zu Deutschland

Der Bundesrepublik und der DDR kommen bei der Entwicklung eines gesamteuropäischen Zusammenhangs entscheidende Bedeutung zu. Diese beiden deutschen

Staaten sind der Osten des Westens und der Westen des Ostens. Wenn in ihnen nationalen die europäischen Motive zu dominieren begännen, wäre die europäische Einigung ausgehebelt. Am klarsten hat Willy Brandt das Problem beschrieben. Er ist einerseits auf die deutsche Ungeduld eingegangen: „Nirgends steht geschrieben, dass die Deutschen auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat.“ Andererseits hat er aber präzise formuliert, dass die deutsche Frage eine europäische ist. Deswegen hat er hinzugefügt: „Allerdings müssen beide Züge, der gesamteuropäische und der deutsche, bei ihren Fahrplänen vernünftig koordiniert werden. Es brächte niemandem etwas, sollten sie irgendwo auf der Strecke zusammenstoßen“¹⁴.

Brandt wirft hier ganz konkrete tagespolitische Fragen auf; wenn zum Beispiel eine deutsch-deutsche Währungseinheit gegen die Währungsunion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausgespielt würde, würden der Gemeinschaft wichtige Finanzinstrumente verweigert, mit denen allein der Weg nach Gesamteuropa geebnet werden kann. Brandt rührt aber gleichzeitig an tieferliegende Schichten, den Gefühlshaushalt der Nation. Zwar war die deutsche Nation in ihrer Geschichte von wenigen Jahren während des Dritten Reiches abgesehen, immer in mehreren Staaten organisiert; trotzdem ist die längst verloren geglaubte und plötzlich erneut am politischen Horizont auftauchende Möglichkeit eines größeren Deutschlands (nicht identisch mit „Großdeutschland“) ein emotionaler Schock. Wenn die Deutschen in einer scheinbar natürlichen, in Wirklichkeit aber nur unhistorisch bedingten Reaktion das größere Deutschland wichtiger nehmen würden als das große Europa, wird es dieses große Europa nie geben. Deshalb hängt vom neu erworbenen Pragmatismus der unpragmatischen Deutschen in den nächsten Jahren sehr viel ab.

Eine Chance wird dieser Pragmatismus nur haben, wenn die beiden größten politischen Kräfte der Bundesrepublik, die CDU/CSU und die SPD, in der europäischen und Deutschlandpolitik eine vorsichtige Kooperation durchhalten. Die Basis dieser Übereinstimmung liegt in zwei Zugeständnissen: Die SPD hat Anfang der sechziger Jahre die Westintegration der Bundesrepublik durch Konrad Adenauer, die sie in den fünfziger Jahren aus nationalen Gründen heftig bekämpft hat, akzeptiert. Die CDU/CSU hat im Verlauf der siebziger Jahre die Ostpolitik Willy Brandts, die die SPD ihrerseits heftig befehdet hatte, übernommen. Ein Zurückschwingen der SPD auf einen Vorrang der nationalen Frage vor der Westintegration oder ein Zurückschwingen der CDU zur Ablehnung der Entspannungspolitik wären brandgefährlich; sie könnten sowohl das kleinere wie das größere Europa gefährden.

Europa nach dem Regen

Der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes hat kürzlich an das große Gemälde von Max Ernst „Europa nach dem Regen“ erinnert. Es war, nach dem Zweiten Weltkrieg, das Portrait eines daniederliegenden Kontinents am Rande des Todes eines Europa, das zum Opfer seiner Blindheit geworden war. Heute ist Europa glücklich. Und zu Recht: Im Jahr 1989 sind Millionen von Menschen aus ungerechter Herrschaft befreit worden. Das Glück wird allerdings nur anhalten, wenn die europäischen Eliten kalten Realismus und blitzschnelles Reaktionsvermögen zeigen. Die historische Silvesterfeier 1989 am Brandenburger Tor a

symbolische Veranstaltung: Wie verständlich ist die Freude der europäischen Jugend – und wie gefährlich kann sie werden, wenn einige allzu bedenkenlos auf allzu ungesicherten Gerüsten herumklettern.

Das letzte Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts wird für Europa eine große Auseinandersetzung zwischen Europäisierung und Nationalismus sein. Es wird gleichzeitig die Wiedergeburt einer harten Rechten bringen. Noch ist es unsicher, ob ein Zusammenspiel der populistischen, plebejischen Rechten Westeuropas mit dem für vierzig Jahre unterdrückten, für vierzig Jahre von einer freien geistigen Auseinandersetzung ausgeschlossenen Bürgertum Ostmitteleuropas zustande kommt. Daß allerdings die Bandagen härter werden, mit denen in Europa gekämpft wird, kann man mit ziemlicher Sicherheit voraussagen. Es geht ja auch wieder um mehr. Nach vier Jahrzehnten, in denen die beiden Supermächte Europa festgezurr hatten wie eine gut vertäute Ladung von Zementsäcken, beginnen sich Seile und Gurte an mehreren Stellen gleichzeitig zu lösen. Man könnte es die Rückkehr zur Vielfalt nennen; die flache Europa-Karte an der Wand wird wieder zum Relief. Es wird interessanter, also auch gefährlicher.

Und die Europäer sind nicht allein auf der Welt. Die Politik der Vereinigten Staaten ist derzeit erfreulich vorsichtig, aber auch erstaunlich rezeptiv. In der Sowjetunion zerfasert sich der Staat gegenüber den Bürgern immer mehr zu einer Vielzahl von Strängen, über die die Lebensbedürfnisse in minimalem Umfang und mit unglaublicher Ungerechtigkeit administriert werden; die ordentliche Versorgung über die allen Bürgern zugänglichen Wege ist mehr oder weniger zusammengebrochen, dementsprechend tendiert die Loyalität vieler dieser Bürger zu ihrem Staat gegen Null.¹⁵ In dieser Situation müßten die Europäer handeln. Aber in Europa sind die Nationen zu schwach, um Weltpolitik zu machen; und gleichzeitig noch stark genug, um eine wirksame supranationale europäische Politik zu verhindern. So könnte eine nie wiederkehrende historische Chance verpaßt werden.

Das Projekt Gesamteuropa kann in den neunziger Jahren entscheidend gefördert werden. Wenn es allerdings fehlschlägt, wird es für immer fehlgeschlagen sein.

ANMERKUNGEN

¹ Der Begriff stammt von Albrecht Penck. Vgl. Giselher Wirsing, *Zwischen-Europa und die Deutsche Zukunft*, Jena 1932.

² Francis Fukuyama, *The end of history?*, in: *The National Interest*, Nr. 16, Sommer 1989, S. 3 ff.

³ Jürgen Habermas, *Republikanische Gesinnung oder Nationalbewußtsein. Unklare Alternativen in der Deutschlandpolitik* (Manuskript), November 1989.

⁴ Henning Eichberg, *Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage*, Koblenz 1987.

⁵ Johann Gottfried Herder, *Ideen zur Geschichte der Menschheit*, 9, Buch IV.

⁶ Vgl. Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie*, Werke I, S. 242.

⁷ Vgl. Eric Hobsbawm, *Betrachtungen zu Tom Naerns „Modern Janus“*, in: *Naern/Hobs-*

hawm/Debray/Loewy, *Nationalismus und Marxismus*, Berlin 1978.

⁸ Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde*, Köln 1950, S. 30.

⁹ Zit. nach Jacques Delors, Rede zur Eröffnungssitzung des 40. Jahres des Europa-Kollegs, Brügge 17. Oktober 1989.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ György Konrad, *Antipolitik? Mitteleuropäische Meditationen*, Frankfurt/M. 1985.

¹² Eberhard Schulz, *Erfahrungen und Eindrücke von einem Arbeitsbesuch in der Sowjetunion*, 15.–28. 9. 1989 (Manuskript).

¹³ Jacques Delors, a. a. O.

¹⁴ Willy Brandt, Rede auf dem Berliner SPD-Parteitag, 18. Dezember 1989.

¹⁵ Eberhard Schulz, a. a. O.

Das Ende des

Von Georg

Das Jahr 1989 war das Wunderjahr des Jahr, in dem Europa erwachsen wurde. Bürgerkriegs 1914–45 abschüttelte und Supermächten, die so lange die Vorn definieren begann. Das Schlüsselereignis Ungarns, Polens und später der DDR in erste Symbol dieser Entwicklung war das 9. November 1989 in Ost-Berlin angeke Deutschen Demokratischen Republik freie Hälften Europas konnten nun damit beginn gung hinzubewegen.

Angesichts der unterschiedlichen Illus gegenüber Mittel- und Osteuropa, der in und angesichts der demokratischen Umf begrüßt wird, muß klar festgehalten we Ländern in der Region ausgetauscht wurde sowjetischer Art nahezu nichts mit dem S wird, zu tun haben. Sozialismus beint Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Respe Wahlmöglichkeiten und besseren Zugang Leben einer Gemeinschaft regeln.

Systeme sowjetischer Art hatten nichts n Verbindung zu sozialistischen Themen ze sie den Staat als ein Instrument für sozi Sozialismus ein ebenso akzeptables Mittel auf die Gesellschaft. Zweitens benutzten losgelöst von seinem Inhalt, als Mittel der Während dies zu Hause wenig Unterstützu der Tschechoslowakei 1968 signalisiert ha ohne Inhalt war, betrachteten viele im Sozialismus in der kommunistischen Wel Glauben, selbst wenn sie einige Fehler d Diese Leichtgläubigkeit hinderte einen g eine notwendige Analyse dieser Systeme v Weile zu deren Überleben bei.

In Wirklichkeit war der Kernpunkt de Konstruktion einer gänzlich politisch bes Sphären – wirtschaftliche, soziale, legale, politischen Kriterien im Namen eines ideol

Professor Dr. George Schöpflin, Lecturer in East European Economics and der School of Slavonic and East Beitrag erscheint gleichzeitig in International Affairs, London.